



## **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**

### **17. Sitzung (öffentlich)**

13. Juli 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:30 Uhr

Vorsitz: Dr. Jens Petersen (CDU)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Die Lehren aus Fukushima ziehen – Sicherheitsstandards überprüfen  
– Den endgültigen Atomausstieg in Nordrhein-Westfalen umsetzen 7**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1687

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Ohne weitere Aussprache nimmt der Ausschuss den Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung der LINKEN an.

**2 Einführung eines zentralen, bundesweiten elektronischen Registers zur Erfassung aller Gewerbetreibenden 8**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/1693

Vorlage 15/664

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen aller Fraktionen an.

**3 Arbeitsplätze und Wachstum langfristig sichern – Nordrhein-Westfalen als den zentralen europäischen Logistikstandort weiter ausbauen 10**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/544

Ausschussprotokoll 15/230  
Stellungnahme siehe APr 15/230

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, auf die Abgabe eines Votums an den federführenden Verkehrsausschuss zu verzichten.

**4 Gesetz zur Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetzes 11**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 15/977

Ausschussprotokoll 15/239  
Stellungnahmen siehe APr 15/239

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

In Verbindung mit:

**5 Keine zusätzlichen Belastungen von Bürger und Wirtschaft – Gesetzlich beschlossene Abschaffung der Wassersteuer beibehalten**

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1063

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der vorliegende Änderungsantrag – siehe Beschlussempfehlung und Bericht Drucksache 15/2387, Seite 6 – wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung in der zuvor geänderten Fassung wird sodann mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP ebenfalls angenommen.

Der Antrag der FDP wird mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN bei Enthaltung der CDU gegen die Stimmen der FDP abgelehnt.

**6 Privat vor Staat verhindern – Röttgens Kreislaufwirtschaftsgesetz ablehnen****17**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1923

Der Ausschuss bestätigt einvernehmlich seinen Beschluss, sich daran im Falle einer Anhörung nachrichtlich zu beteiligen mit der Bitte, dann die Mitberatungsfrist des AWME zu verlängern.

**7 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer 18**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1924 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 15/240  
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 15/240

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

Der Ausschuss nimmt den Antrag nach eingehender Debatte mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP an.

**8 Landtag als Vorbild: Energie sinnvoll einsparen – Energie effizient nutzen – Energie aus Erneuerbaren Energien verwenden 24**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1925 (Neudruck)

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, den federführenden Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz um die Verlängerung der Mitberatungsfrist zu bitten.

**9 Strategien gegen Lohndumping – Mindestlohn jetzt 25**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2210

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in der nächsten Sitzung abschließend zu beraten.

**10 Für substantielle Nachbesserungen an dem Energie-Gesetzespaket der Bundesregierung – Der Landtag unterstützt Initiative der Landesregierung für eine gemeinsame Stellungnahme aller Bundesländer 26**

Antrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/2214

Der Ausschuss erwartet für die nächste Sitzung einen Bericht über die Verhandlungen zu dem Thema im Bundesrat.

**11 Entscheidung zum Widerruf der Stilllegungsanzeigen Datteln 1 – 3 sowie Shamrock 29**

Auf Antrag der CDU-Fraktion vom 6. Juli 2011  
– Bericht der Landesregierung

**12 Verschiedenes 33**

\* \* \*



## 7 Gesetz über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1924 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 15/240  
Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll 15/240

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen –

**Vorsitzender Dr. Jens Petersen** schickt voraus, da der federführende Ausschuss in Kürze seine Beratungen abschließen wolle, sollte der Ausschuss heute votieren, sofern ein Votum abgegeben werden solle. Änderungsanträge zu dem Gesetzentwurf lägen dem AWME nicht vor.

**Hendrik Wüst (CDU)** trägt vor, im Koalitionsvertrag von Rot-Grün finde man zu dem Thema nichts. Insofern folge man einer Forderung der Links-Partei, um seine Regierung stabil zu halten, und das wieder mit der Folge einer Steuererhöhung. Gerade sei noch die Stellungnahme der IHK NRW auf den Tisch gekommen. Danach setze man sich mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 5 % an die Spitze der Bundesländer in Deutschland. Das sei von Einzelnen in der Anhörung als sozial ungerecht bezeichnet worden. Gegenüber jungen Familien, die Eigentum schaffen wollten, sei das eine schwerwiegende, nicht zu vernachlässigende Belastung. Deswegen werde seine Fraktion den Antrag nicht mittragen.

**Dietmar Brockes (FDP)** erklärt, seine Fraktion werde diese Steuererhöhung um sage und schreibe 43 % ablehnen. Damit werde gerade kleinen und mittleren Einkommen und kinderreichen Familien geschadet. Insofern sei die Erhöhung der Grunderwerbsteuer, die viele Familien daran hindere, sich ein eigenes Häuschen anzuschaffen, höchst unsozial. Deshalb werde man diesen Antrag ablehnen.

Vor der Abstimmung würde er aber gern hören, welche Position das Wirtschaftsministerium dazu habe, dass dadurch dem Wirtschaftsstandort und der mittelständischen Bauindustrie geschadet werde und dass scheinbar ohne Widerstand des Wirtschaftsministeriums durch die Politik der anderen Häuser der Bauindustrie in Nordrhein-Westfalen massiv geschadet werde. Eine ähnliche Entwicklung sei bekanntlich seinerzeit beim Wegfall der Eigenheimzulage zutage getreten, als der gesamte private Bausektor eingebrochen sei.

**Dietmar Bell (SPD)** führt aus, das, was Herr Brockes als Szenario an die Wand werfe, sei schon relativ mutig. Er habe aber von Herrn Brockes und von seiner Fraktion in der Frage Steuerkompetenz auch nichts anderes erwartet. Letztendlich seien die neuen Steuerkürzungspläne auf Bundesebene nicht zwingend geeignet, die Kompe-

tenz der FDP in der Frage der Konsolidierung der Haushalte überhaupt ernsthaft erscheinen zu lassen. Er erinnere daran, dass der NRW-Haushalt immer noch über die Mindereinnahmen beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz belastet sei. Überspitzt formuliert, kompensiere man in Teilen die Steuerentlastung, die die FDP auf Bundesebene den Hoteliers habe zukommen lassen durch Einnahmen, die man eigentlich bräuchte, um den Haushalt strukturell in ein richtiges Fahrwasser zu schieben.

Vor dem Hintergrund der Nullverschuldungsgrenze im Jahre 2020 müsse man sich auch die Einnahmeseite anschauen. Niemand, auch nicht in der SPD-Fraktion, sei leichten Fußes dabei, über Steuererhöhungen zu diskutieren und diese zu bewegen. Man halte aber im Verhältnis zu Erhöhungen bei der Grunderwerbsteuer, die in anderen Bundesländern, auch in CDU-geführten, durchgeführt worden oder beabsichtigt seien, die Erhöhung in NRW für angemessen und richtig. Man benötige Mehreinnahmen, um unter anderem im nächsten Jahr den zweiten Schritt der Entlastung der Kommunen in Nordrhein-Westfalen auf den Weg zu bringen. Insoweit werde seine Fraktion dem Gesetzentwurf zustimmen.

**Michael Aggelidis (LINKE)** bemerkt, in der Tat habe die Linke als Erstes die Erhöhung der Grunderwerbsteuer immer wieder in den Plenardebatten vorgeschlagen. Auch seiner Fraktion mache diese Steuererhöhung keinen Spaß, aber man befinde sich in einer Situation, in der die öffentlichen Haushalte unterfinanziert seien. Gerade in diesem Zusammenhang fange die FDP auf Bundesebene wieder eine Debatte über Steuersenkungen an, die dazu führe, dass die öffentlichen Haushalte noch mehr strukturell unterfinanziert sein würden, als sie es ohnehin schon seien.

In diesem Kontext werde man im Zuge einer Güterabwägung auch darüber nachdenken müssen, Steuern zu erhöhen, was sicherlich niemandem Spaß mache. Aber die Verantwortung für die Unterfinanzierung der Haushalte liege bei der schwarz-gelben Bundesregierung in Berlin. In Zukunft werde man Steuergerechtigkeit herzustellen haben, was die FDP nicht tun werde. Er habe allerdings eine gewisse, aber nicht sehr ausgeprägte Hoffnung, 2013 politische Verhältnisse zu bekommen, die diesen Zustand änderten.

**Daniela Schneckenburger (GRÜNE)** meint, der Einfluss der Linken auf Rot-Grün sei leider nicht so groß, wie Herr Wüst sich das vorstelle, aber auf die Meinungsbildung der CDU scheine er auch nicht so klein zu sein, wie Herr Wüst es hoffe, was man spätestens seit der letzten Plenarsitzung wisse, in der Linke und CDU doch besonders eng Schulter an Schulter gelaufen seien.

Herrn Brockes Impetus, man dürfe Familien nicht weiter belasten, finde sie absolut richtig. Allerdings dürfe man auch nicht den Staat in eine Situation bringen, in der dieser nicht in der Lage sei, Leistungen für Familien zu erbringen wie beispielsweise den Ausbau von Kindertageseinrichtungen. Das tue man aber, wenn man den Staat chronisch krank rechne und politisch in eine Lage bringe, in der seine finanziellen Handlungsspielräume begrenzt seien. Die Debatte um Steuersenkungen, die die FDP sozusagen als Markenkern der FDP nach vorne bringe, sei eine Politik, die den Staat zum kranken Mann mache und im Ergebnis dafür Sorge, dass Leistungen für

Familien in der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr finanzierbar seien. Das sei eine absolut falsche Politik.

In Umfragen werde sichtbar, dass Familien sich insbesondere an der Stelle strukturelle Unterstützung durch den Staat wünschten. Man wolle ein funktionierendes, finanziell und qualitativ ordentlich ausgestattetes Schulsystem und Kindertagesstätten-system.

Alles werde man aber nicht bekommen. Die FDP betreibe Politik nach dem Motto: Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht nass, was bedeute, dass Rot-Grün dafür sorgen solle, dass alle öffentlichen Aufgaben gemacht würden, aber die FDP dafür keine Finanzausstattung geben wolle. Das passe nicht zusammen und sei auch unglaubwürdig, und das nähmen die Bürgerinnen und Bürger der FDP auch nicht ab. Sie seien inzwischen klüger geworden; das merke man auch an dem einen oder anderen Umfragewert.

Bei einem Grundstück von 150.000 € betrage die Erhöhung, die nun beschlossen werden solle, 2.250 €. Sie wolle nicht behaupten, dass das kein Geld sei, aber gemessen an den Gesamterwerbungs-kosten eines Grundstückes plus einer Immobilie für eine vierköpfige Familie auf diesem Grundstück sei das ein relativ marginaler Teil. Aber von den vorrangig zu erfüllenden Aufgaben sei der Ausbau und die Zurverfügungstellung einer hochwertigen, qualitativen Infrastruktur notwendig, für die der Staat auch eine entsprechende Finanzausstattung brauche.

In den Bereichen der Märchen gehöre es leider, dass NRW einsame Spitze bei der Grunderwerbsteuer wäre. Das sei NRW aber nicht. Andere Bundesländer hätten längst erhöht. Eben sei noch auf den Durchschnitt des Grunderwerbsteuersatzes in Höhe von 4,1 % hingewiesen worden. NRW liege moderat darüber, aber umgekehrt habe NRW bisher mit 3,5 % deutlich darunter gelegen. Schon allein an der Stelle hätte man unbedingt nachsteuern müssen. Dass man sich auf einem Niveau bewege, auf dem sich andere Bundesländer befänden, finde sie selbstredend.

Die Politik der Herren Brockes und Wüst sei an der Stelle nicht ganz lauter. Wer wolle, dass das strukturelle Defizit im Haushalt geschlossen werde, der müsse auch sagen, mit welchen Instrumenten er das tun wolle, und dürfe nicht immer so tun, als ob man es umsonst bekommen könnte oder nur den Gürtel etwas enger zu schnallen brauche. FDP und CDU wüssten aus ihrer eigenen Regierungszeit, dass es so nicht gehe.

**Michael Aggelidis (LINKE)** erinnert die Diskussion an das Sankt-Florians-Prinzip: Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd andere an! – So heiße es in der der Stellungnahme der IHK, die noch heute hereingereicht worden sei:

Grundsätzlich ist der Vorschlag zu begrüßen, die Konsolidierung des Landeshaushalts in Angriff zu nehmen. Dennoch scheint uns leider das Ziel verfehlt, mit der Erhöhung der Grunderwerbsteuer den Haushalt zu konsolidieren.

Alle möchten, dass der Haushalt konsolidiert werde, dies aber nur nicht zulasten ihrer Branche oder zulasten ihres Bereichs. Das sei das Gegenteil von Solidarität.

Er betone noch einmal: Diese Steuererhöhung mache keinen Spaß, und jeder Tausender Belastung beim Hauskauf sei ein Tausender zu viel. Auf der anderen Seite sei aber darauf hinzuweisen, dass man es dann, wenn ein Hausbau an dieser relativ geringen Belastung scheitern sollte, auch lieber lassen sollte.

**Dietmar Brockes (FDP)** meint, an dem Punkt gingen die Positionen von FDP und Grünen am weitesten auseinander. Er mache jede Wette, dass in zehn Jahren, sofern rot-grün noch an der Regierung sei, die Einnahmen über Steuern auch nicht ausreichen würden. Mit der rot-rot-grünen Mehrheit werde es in diesem Land nie Steuerminderungen geben. Sie belaste die Einkommen, die gerade dafür sorgten, dass man so gut aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen sei.

Er finde eine Steuererhöhung an der Stelle auch geradezu erbärmlich, weil doch alle wüssten, dass Eigentum, das eigene Häuschen, die beste und sinnvollste Art der Altersvorsorge sei. Hier würden genau die Menschen, die überlegten, ob sie sich ein Häuschen leisten könnten oder nicht, durch die Steuererhöhung weiter belastet.

Offensichtlich sei Frau Schneckenburger auch nicht ganz im Thema. Diese Grunderwerbsteuer falle nicht nur für das Grundstück an, sondern auch für das Haus, wenn es schon auf dem Grundstück stehe. Und dann sei das noch weitaus teurer und der Punkt erreicht, wo sich viele ihren Traum wegen dieser Politik nicht erfüllen könnten.

**StS Günther Horzetzky (MWEBWV)** geht auf die Frage von Herrn Brockes ein, welche Position das Wirtschaftsministerium zu diesem Schritt der Landesregierung einnehme. Das Kabinett habe der Erhöhung der Grunderwerbsteuer selbstverständlich zugestimmt. Er bitte alle Damen und Herren im Ausschuss, sich noch einmal die Lage des Haushaltes insgesamt vor Augen zu führen. Dabei sollte man nicht nur auf eine einzelne Maßnahme schauen, sondern die Haushaltssituation insgesamt betrachten.

Vor dem Hintergrund sollte man sich dann auch in der Verantwortung sehen, den Menschen draußen zu erzählen, wie man von dieser strukturellen Überschuldung herunterkomme. Es sei auch ein Teil Wirtschaftspolitik, ehrlich zu sagen, dass man das allein mit Kürzungen nicht schaffe. Vielmehr müsse man einen intelligenten Mix aus allen möglichen Maßnahmen ergreifen. Dazu gehöre dann leider auch, Abgaben oder Steuern dort anzuheben, wo das Land die Möglichkeit dazu habe. Das müsse man auch draußen vertreten, unter anderem mit dem Argument, das die Kollegin Schneckenburger hier vorgetragen habe, dass nämlich die Menschen vom Staat auch eine Daseinsvorsorge erwarteten.

NRW sei verpflichtet, bis zum Jahre 2020 die Schuldenbremse einzuhalten. Die Konsolidierung lasse sich aber durch reines Sparen nicht erreichen. Deswegen müsse versucht werden, ein Mixtum compositum hinzubekommen, das die Gerechtigkeitsanforderungen auf jeden Fall erfülle.

Er wäre auch dankbar, wenn jetzt niemand ein Zerrbild malte. Grunderwerb werde nicht nur von kleinen Leuten vorgenommen, sondern auch von Unternehmen. Es sei

ein Stück weit soziale Gerechtigkeit, auch die Unternehmen für die Konsolidierung des Landeshaushalts heranzuziehen.

Man rechne bei der Grunderwerbsteuer pro Jahr mit einer Einnahme von 400 Millionen €. Davon gingen 50 Millionen € an die Kommunen. Das stärke gegebenenfalls deren Wirtschaftskraft und damit ein Stück weit auch die Handlungsfähigkeit der Kommunen.

Insgesamt müsse das Wirtschaftsministerium das leider mitmachen, so wenig Freude es dem Haus auch bereite. Wenn man die Situation insgesamt betrachte, könne man auch nicht zwischen Wirtschaftsministerium, Finanzministerium und anderen Häusern differenzieren. Die Landesregierung trage Verantwortung für das gesamte Land. Es wäre schrecklich, würde man versuchen wollen, unterschiedliche Verantwortlichkeiten zu definieren.

**Hendrik Wüst (CDU)** wünschte sich, dass das Wirtschaftsministerium ab und an die Interessen der Wirtschaft wahrnehme. Starke Wirtschaftsminister hätten das früher durch die Kraft der Argumente geschafft, ohne dass das ganze Kabinett in Unruhe geraten wäre.

Der Staatssekretär habe gerade von Kürzungen gesprochen. Die neue Landesregierung habe aber 2.000 neue Stellen geschaffen; das sei keine Kürzung. Bei Kindergärten und Studienbeiträgen habe man das Geld mit vollen Händen ausgegeben, um die Wahlversprechen einzulösen. So sei Haushaltskonsolidierung nicht möglich. Insofern komme man dann als Folge dieser verfehlten Ausgabenpolitik dazu, dass der Staat am Ende unterfinanziert sei. Der Staat sei aber mitnichten unterfinanziert.

Alle miteinander hätten über viele Jahrzehnte nicht die Kraft bei der Haushaltskonsolidierung gehabt. Und diejenigen, die mit der Konsolidierung angefangen hätten, seien nun kritisiert worden.

Die jetzige Landesregierung mache es genau umgekehrt. Deshalb brauche sie die 400 Millionen hier und die 80 Millionen der Sumpfungswässer da. Man werde wohl noch viele kreative Lösungen sehen. In Ungarn gebe es jetzt eine Steuer auf Chips und Marzipan. So gebe es immer tolle Lösungen, die von Etatisten gefunden würden, um die Taschen des Staates mit dem Geld der Bürger vollzustopfen. Genau das tue die jetzige Landesregierung. Mit Kürzungen und solider Haushaltsführung habe das nichts zu tun. Die jetzige Regierung laufe den Haushaltslöchern hinterher und hole das Geld bei den Bürgern wieder ab.

**Dietmar Bell (SPD)** entgegnet, die Ausführungen des Kollegen provozierten natürlich eine Antwort. Seine Fraktion unterstütze ausdrücklich den neuen Kurs der Landesregierung. Er verbitte sich auch, das Szenario an die Wand zu werfen, man würde Haushaltslöchern, die man selbst gemacht habe, hinterherlaufen und die zuvor faktisch betriebene Konsolidierungspolitik brechen. Schwarz-Gelb habe letztlich versucht, Haushaltskonsolidierung zu betreiben zulasten von Kommunen und zulasten der öffentlichen Infrastruktur, inklusive Bildungseinrichtungen.

Die neue Regierung stelle sich der Aufgabe, dieses Land mit der Zielrichtung eines neuen politischen Konzeptes, nämlich einer vorsorgenden Politik für die Menschen, neu aufzustellen. Das sei die politische Leitlinie dieser Landesregierung. Diese gefalle der Opposition nicht, weil sie schlicht ein anderes politisches Credo habe.

Dass sich im Übrigen Herr Brockes und die FDP zum Sachwalter der Arbeiterinteressen aufspielten, entbehre jeder Grundlage. Er wäre an dessen Stelle in der Frage etwas selbstkritischer. So, wie sich die FDP bei bestimmten Themen verhalte, sollte sie eher rote Ohren bekommen.

Der Ausschuss nimmt den Antrag nach eingehender Debatte mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN gegen die Stimmen von CDU und FDP an.